

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE

JANUAR BIS JUNI 2019

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Gleimstraße 31, 10437 Berlin, Telefon: 030 / 817 98 58 18, presse@report-antisemitism.de

Berlin, 1. Auflage 2019

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P. ist Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.

Konzept, Redaktion, Layout und Grafik Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Bildnachweis: Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf den Seiten 14 und 16 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2019 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite Daleth ist der vierte Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

INHALT

2 IMPRESSUM

4 ZUSAMMENFASSUNG

6 STATISTISCHE ABBILDUNGEN

13 BEISPIELE

ANGRIFFE

14 GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN

15 BEDROHUNGEN

16 VERLETZENDES VERHALTEN

18 MASSENZUSCHRIFTEN

ZUSAMMENFASSUNG

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) erfasste im ersten Halbjahr 2019 in Berlin insgesamt 404 antisemitische Vorfälle. Darunter waren 13 Angriffe, 20 gezielte Sachbeschädigungen, 20 Bedrohungen, 305 Fälle verletzenden Verhaltens und 46 Massenzuschriften. Damit verblieb die Zahl der in Berlin erfassten antisemitischen Vorfälle im vergangenen Halbjahr auf hohem Niveau: pro Tag erfuhr RIAS Berlin im Schnitt von mehr als zwei antisemitischen Vorfällen.

Hatte es im Jahr 2018 einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2017 gegeben, scheint sich diese Entwicklung vorerst nicht weiter fortzusetzen. Im Vergleich zum Zeitraum Januar – Juni 2018 ist die Gesamtzahl der RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle zurückgegangen¹: Den 404 Vorfällen aus dem ersten Halbjahr 2019 stehen 579 durch RIAS Berlin dokumentierte Vorfälle im Vorjahreszeitraum gegenüber. Dieser Rückgang betrifft insbesondere Vorfälle, die sich im Internet ereignet haben. Die Zahl der von antisemitischen Vorfällen unmittelbar betroffenen Jüdinnen/Juden blieb hingegen nahezu gleich: Im ersten Halbjahr 2019 handelte es sich dabei um 55 Personen. Alle Vergleiche zu Vorjahreszeiträumen sind mit Vorsicht zu betrachten, da die Zahlen der vergangenen Jahre Nachmeldungen enthalten, also Vorfälle, die RIAS Berlin erst in den Monaten nach dem Erhebungszeitraum bekannt geworden sind.

Nach einem starken Anstieg der besonders rohen und direkten Formen antisemitischer Vorfälle 2018 ist die Zahl entsprechender Vorfälle im ersten Halbjahr 2019 zurückgegangen, blieb jedoch über dem Niveau von 2017. So erfasste RIAS Berlin 2019 13 antisemitische **Angriffe** zwischen Januar und Juni (2018: 23, 2017: 9). Die Zahl der antisemitischen **Bedrohungen** war im ersten Halbjahr 2019 mit 20 bekannt gewordenen Vorfällen etwa auf dem Niveau von 2018 (24 Bedrohungen) und damit noch deutlich über den 9 Bedrohun-

gen, die RIAS Berlin in der ersten Hälfte von 2017 verzeichnen musste. Auch die Zahl der **gezielten Sachbeschädigungen**, von denen RIAS Berlin in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 erfuhr (20), blieb auf einem etwa gleichbleibenden Niveau im Vergleich zum Vorjahreszeitraum: im ersten Halbjahr 2018 waren es 24 antisemitische gezielte Sachbeschädigungen (2017: 28).

Die Zahl der RIAS Berlin bekannt gewordenen Fälle **verletzenden Verhaltens** verringerte sich hingegen deutlich um 30 % von 435 im ersten Halbjahr 2018 auf 305 in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. 2017 erfasste RIAS Berlin noch 363 Fälle von antisemitischem verletzendem Verhalten. Auffällig ist, dass dieser Rückgang insbesondere die durch RIAS Berlin dokumentierten Online-Vorfälle betrifft. So wurden 2019 178 Vorfälle wie Beleidigungen, Beschimpfungen und Pöbeleien von Angesicht zu Angesicht, aber auch antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum, registriert – 40 weniger als im Vorjahreszeitraum (218), aber auf dem gleichen Niveau wie im ersten Halbjahr 2017 (180). Die Anzahl von Fällen antisemitischen verletzenden Verhaltens online, die RIAS gemeldet wurden, beispielsweise antisemitische Zuschriften an jüdische Institutionen, ging hingegen auch im Vergleich mit den jeweils ersten sechs Monaten der Vorjahre 2017 und 2018 deutlich zurück (2017: 183, 2018: 217, 2019: 127).

Auch bei erfassten antisemitischen **Massenzuschriften** ist ein Rückgang zu verzeichnen (2017: 103; 2018: 73; 2019: 46), jedoch auch eine weitere Verrohung des Tons, enthielten die 2019 erfassten Massenzuschriften doch z. T. offene Mordankündigungen.

Die geringere Gesamtzahl an Vorfällen spiegelt sich nicht unmittelbar in der Zahl der von Antisemitismus **Betroffenen** wider. RIAS Berlin erfasste in den ersten sechs Monaten 2019 zwar einen deutlichen Rückgang von Fällen, in denen jüdische Institutionen betroffen waren (2019: 124; 2018: 217). Auch die nicht-jüdische Zivilgesellschaft sowie Personen in unmittelbar politischen Auseinandersetzungen wie bspw. auf Demonstrationen waren im ersten Halbjahr 2019 weniger von Antisemitismus betroffen als noch im Vorjahreszeitraum. So ging die Zahl der RIAS Berlin gemeldeten Fälle, in denen zivilgesellschaftliche Akteur_innen betroffen waren, von 74 im Vorjahreszeitraum 2018 auf 35 im ersten Halbjahr 2019 zurück, die Zahl der betroffenen politischen Gegner_innen sogar von 29 auf 5 Personen. Da von den 29 Betroffenen aus dem Jahr 2018 15 von Täter_innen aus einem links-antiimperialistischen Umfeld adressiert wurden, kann ein Zusammenhang des Rückgangs mit dem öffentlichen Druck und der daraus folgenden Einstellung der Aktivitäten der maoistischen Kleinstgruppe „Jugendwiderstand“ vermutet werden. Von dieser erfreulichen Entwicklung blieb jedoch die Zahl der jüdischen und/oder israelischen Einzelpersonen, die von Antisemitismus betroffen sind, weitgehend unberührt. Trotz der insgesamt weniger bekannt gewordenen Vorfälle waren beinahe genauso viele Jüdinnen_Juden und Israelis von Antisemitismus betroffen – im ersten Halbjahr 2019 waren es 55 Personen im Vergleich zu 69 Personen im Vorjahreszeitraum. Damit ist die Zahl der jüdischen und/oder israelischen Betroffenen immer noch nahezu doppelt so hoch wie 2017: Hier waren es noch 33 Betroffene.

Bei der Betrachtung der **inhaltlichen Einordnung** antisemitischer Vorfälle war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auffällig, dass Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus deutlich seltener verwendet wurden. Hatten in den Monaten Januar – Juni 2018 noch gut die Hälfte aller RIAS Berlin bekannt gewordenen Vorfälle einen antisemitischen Israelbezug (51,8%), waren dies 2019 noch 39,6%. Eine Erklärung könnte das im Vergleich zu 2018 geringere Mobilisierungspotential sein. So war insbesondere der Mai 2018 geprägt von antisemitischen Reaktionen auf die Jubiläumsfeierlichkeiten zu 70 Jahren Israel sowie der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem.

Ebenfalls ist der Anteil von Vorfällen, bei denen die Täter_innen einem rechten Hintergrund zugeordnet werden konnten, von 20,7 % auf 29,7 % gestiegen – die absolute Zahl von Vorfällen mit zuordenbarem rechten Hintergrund ist trotz des allgemeinen Rückgangs gleichgeblieben (in den 1. Halbjahren 2018 und 2019 jeweils 120). Von den absolut 120 Fällen mit rechtem Hintergrund ordnete RIAS Berlin acht einem nichtdeutschen (etwa polnischen oder türkischen) Rechtsextremismus zu. Auch im ersten Halbjahr 2019 konnte ein beträchtlicher Anteil der Fälle keinem **politischen Hintergrund** zugeordnet werden (166 Vorfälle, (41,1 %).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin auch zwischen Januar – Juni 2019 auf hohem Niveau bewegte, auch wenn sich der starke Anstieg des Jahres 2018 nicht fortgesetzt zu haben schien. Insbesondere bei Vorfällen, die sich im Internet ereigneten, kam es zu einem starken Rückgang, die Zahl der Vorfälle die sich „offline“ ereigneten, war mit dem ersten Halbjahr 2017 vergleichbar. Die Zahl der Jüdinnen_Juden, die direkt und unmittelbar von Antisemitismus betroffen waren, blieb auf dem hohen Niveau von 2018. Auffallend war zudem, dass der israelbezogene Antisemitismus eine geringere Rolle zu spielen schien, während antisemitische Vorfälle mit einem durch RIAS Berlin zuordenbarem rechten Hintergrund an Bedeutung gewannen: Rechter Antisemitismus war vom tendenziellen Rückgang der Zahl antisemitischer Vorfälle nicht betroffen.

¹ Die im Folgenden aufgeführten Zahlen für die Vergleichszeiträume 2017 und 2018 weichen von den im Halbjahresbericht 2018 veröffentlichten Zahlen aufgrund von Nachmeldungen und Änderungen in der Erfassungslogik zum Teil ab.

STATISTISCHE ABBILDUNGEN

Vorfälle nach Berliner Bezirken

Vergleich der ersten Halbjahre 2017, 2018 und 2019



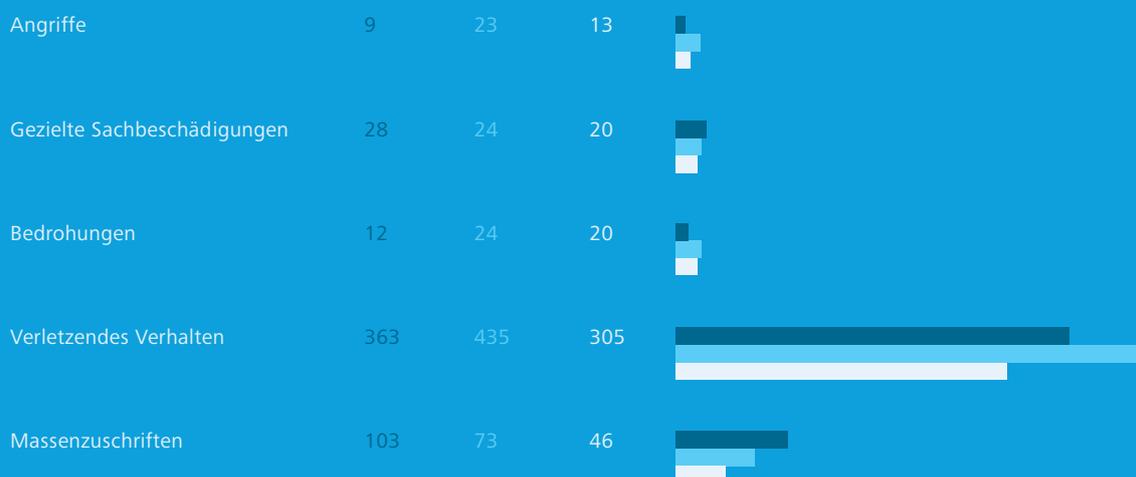
Antisemitische Vorfälle nach Monaten

Vergleich der ersten Halbjahre 2017, 2018 und 2019



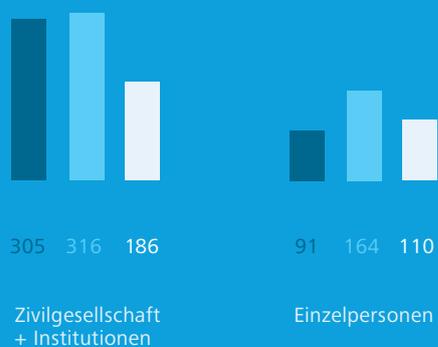
Antisemitische Vorfälle nach Kategorien

Vergleich der ersten Halbjahre 2017, 2018 und 2019



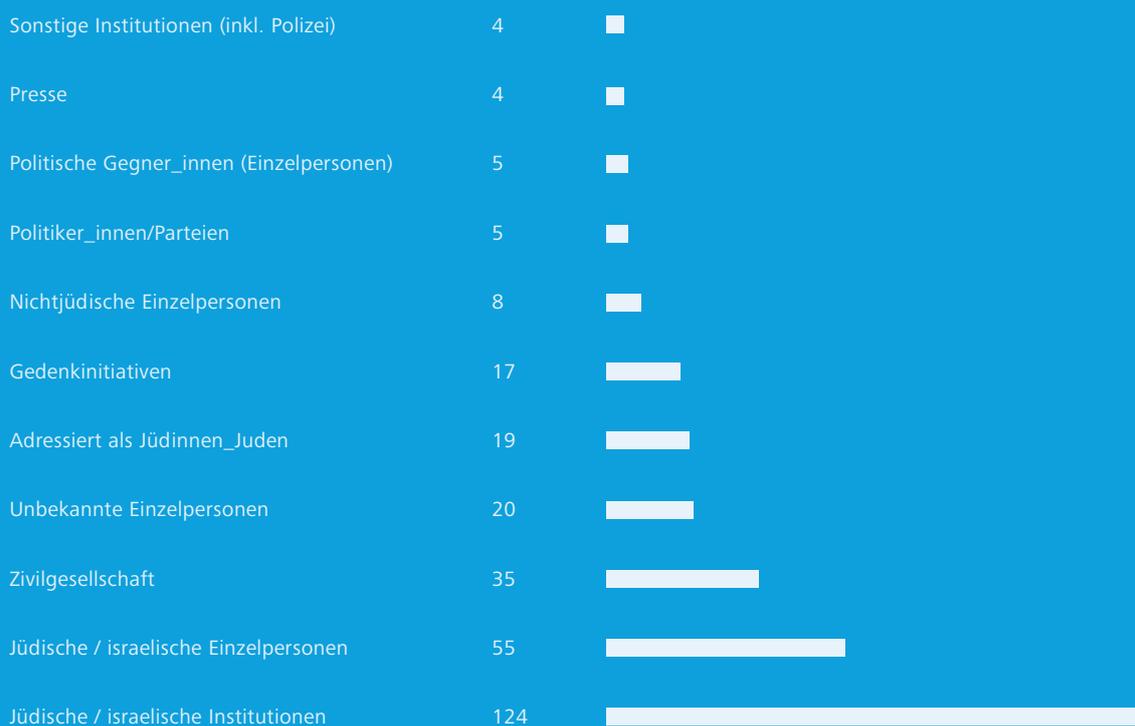
Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Vergleich der ersten Halbjahre 2017, 2018 und 2019



Betroffenengruppen

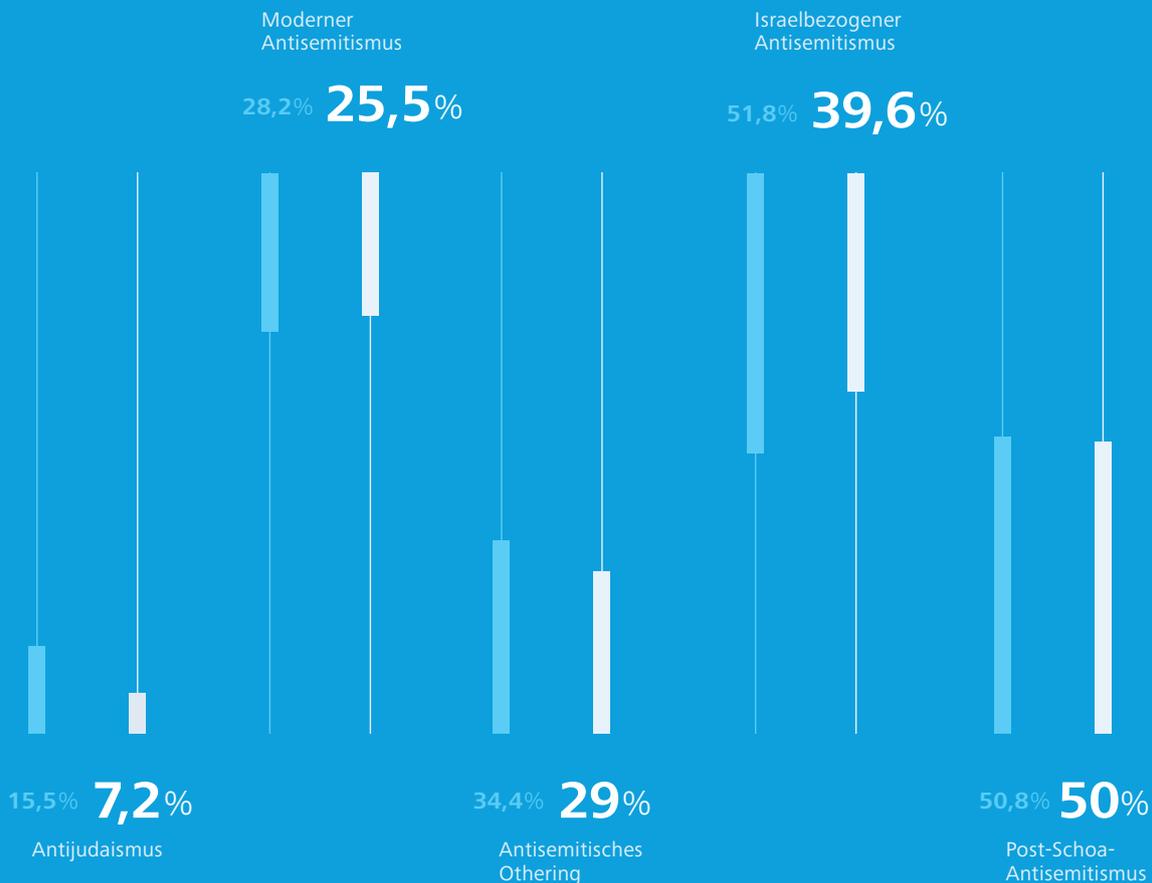
Betroffenengruppen im ersten Halbjahr 2019



Erscheinungsformen

Vergleich der ersten Halbjahre 2018 und 2019

Mehrfache Bezugnahmen sind möglich.



Begrifflicher Rahmen

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Im antisemitischen **Othing** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden.

Antijudaismus umfasst Feindschaft gegenüber dem Judentum als Religion und die hieraus entstandenen Stereotypen, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

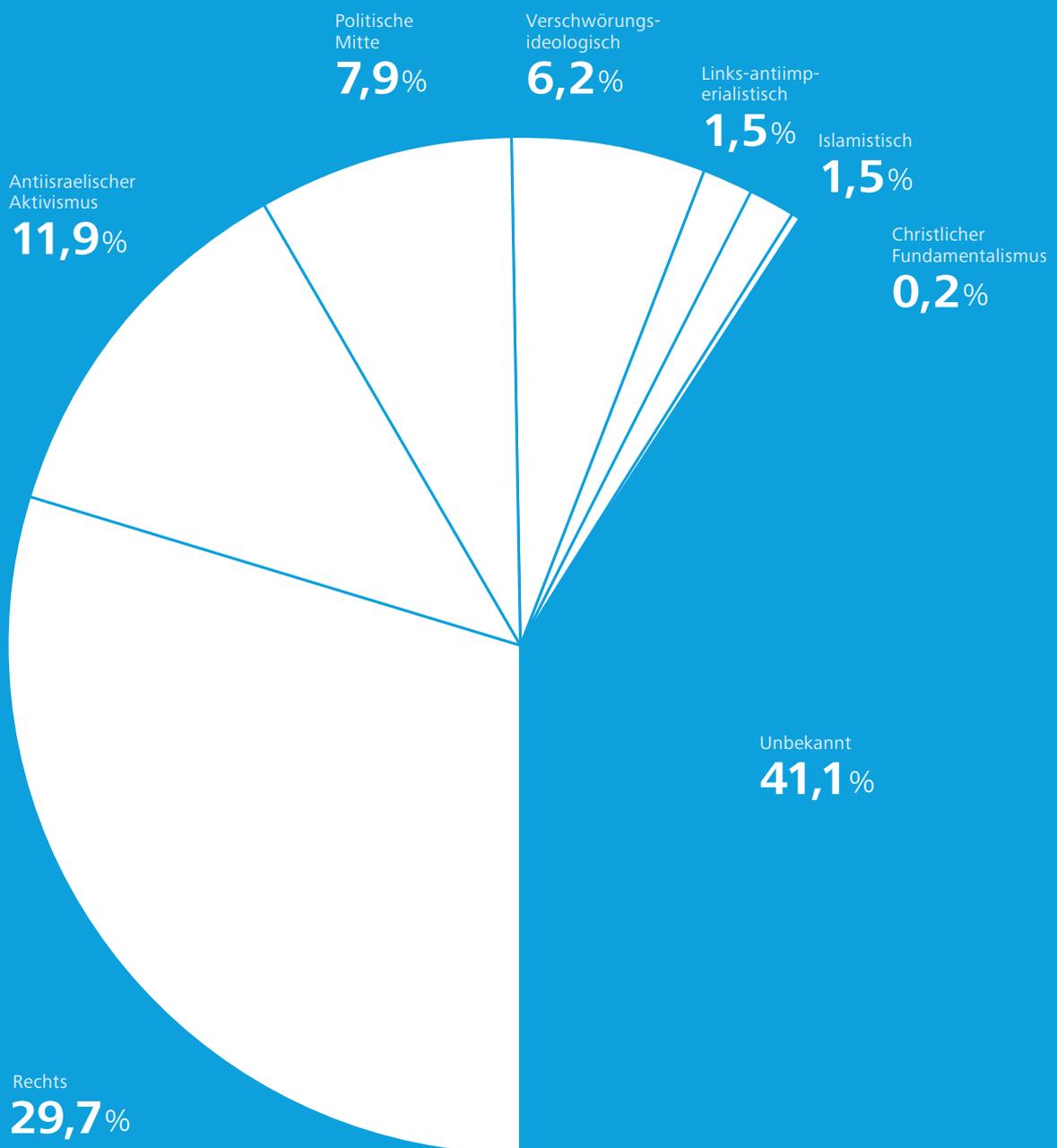
Wird Jüdinnen_Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmethoden, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet.

Der **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen antisemitisch abgelehnt wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

Politische Hintergründe

Anteil im 1. Halbjahr 2019



Begrifflicher Rahmen

RIAS Berlin klassifiziert den politischen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. Auf Grundlage der dem Projekt vorliegenden Informationen lässt sich der politische Hintergrund einer Vielzahl von Vorfällen jedoch nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS Berlin zwischen folgenden sieben politischen Spektren:

Als **rechts** wird die Gesamtheit von Einstellungen und Verhaltensweisen gefasst, die einerseits auf Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren und die andererseits das Ziel verfolgen, Individualismus zugunsten einer Gesellschaft, die als völkisch, ethnisch oder kulturell homogen propagiert wird, zurückzunehmen. Auch Vorfälle auf Grundlage „rechtspopulistischer“ Einstellungen und Politikformen, die auf die Konstruktion einer ethnisch-nationalen Identität auf der Basis (kultur-)rassistischer Vorurteile abzielen, werden hier eingeordnet.

Als **links-antiimperialistisch** wird ein Vorfall verortet, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Als **islamistisch** werden politische Auffassungen und Handlungen verstanden, die auf die Errichtung einer

allein islamisch legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung abzielen.

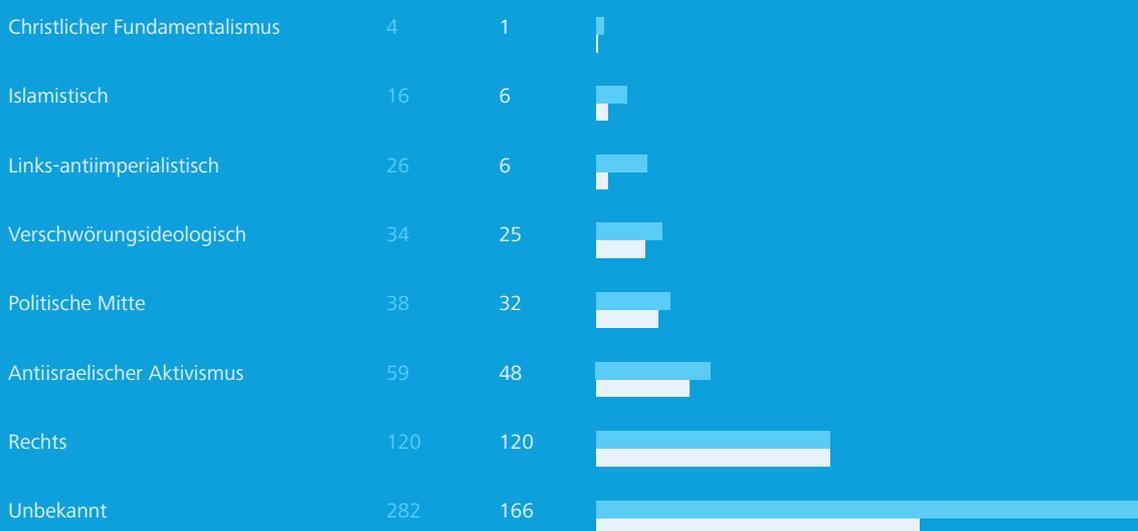
Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugerechnet, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können in dem herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden.

Dasselbe gilt für das Milieu des **israelfeindlichen Aktivismus**: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischem Milieu. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Unter **christlichem Fundamentalismus** werden Einstellungen verstanden, die politisches Handeln auf die Grundlage der Treue zur Bibel und/oder zu der kirchlichen Überlieferung zurückführen.

Der **politischen Mitte** werden Personen oder Gruppen zugeordnet, die sich weltanschaulich nicht als rechtsextrem oder rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch, christlich-fundamentalistisch oder islamistisch positionieren und die für sich zugleich in Anspruch nehmen, eine demokratische Position einzunehmen.

Vergleich der ersten Halbjahre 2018 und 2019



Offline Tatorte in Berlin

Vergleich der ersten Halbjahre 2017, 2018 und 2019



BEISPIELE

ANGRIFFE

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine Person gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steine, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.²

Mitte, 8. Januar: Einer Frau, die im Bus der Linie M27 am Telefon Hebräisch gesprochen hatte, wurde von einem Mann die Mütze so gewaltvoll vom Kopf gezogen, dass die Betroffene beinahe von ihrem Sitz fiel. Als sie sich wieder aufgesetzt hatte, fand sie das wütende Gesicht des Mannes wenige Zentimeter von ihrem entfernt. Er wurde von seiner Begleiterin weggezogen und die beiden stiegen aus.

Pankow, 12. Januar: Einem Juden wurde der Zugang in ein Lokal verwehrt. Ein Mann beschimpfte den Betroffenen antisemitisch, drückte ihn dann in eine Ecke und packte ihn am Hals.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 27. Mai: Ein jüdischer Schüler wurde von einem schulfremden Jugendlichen geschlagen. Als dem Betroffenen ein Freund zu Hilfe kam, wurde auch dieser angegriffen. Im Vorfeld hatte wohl ein Jugendlicher von derselben Schule mehrere Bekannte angestachelt, den Betroffenen aufgrund seines jüdischen Hintergrunds anzugreifen.

Pankow, 17. Juni: Ein aufgrund seiner Kippa als Jude erkennbarer junger Mann und seine Mutter wurden von einem Mann überholt, der sofort anfang, aggressiv auf Arabisch auf die beiden einzusprechen und den Betroffenen als „Yahudi“ (arab./türk.: „Jude“) zu beschimpfen. Danach spuckte der Mann in Richtung des Betroffenen, der ausweichen konnte, und lief schnell weiter, wobei er im Gehen noch einmal etwas in aggressiver Tonlage auf Arabisch sagte.

Steglitz-Zehlendorf, 18. Juni: Ein junger Mann wurde auf einer Grünfläche unweit des U-Bahnhofs Rathaus Steglitz von drei Männern angesprochen, die ihm mehrere Fragen, u.a. auch zu seiner Religion, stellten. Als der Betroffene sagte, dass er Jude sei, schlug ihm einer der drei Männer ins Gesicht.

² In Abgrenzung hierzu werden physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen, als „extreme Gewalt“ erfasst. Seit Beginn der Erfassung 2015 wurden in Berlin noch keine Fälle extremer Gewalt gemeldet.

GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN

Als **gezielte Sachbeschädigungen** werden antisemitische Schmierereien oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen bzw. als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkorten gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 25. Februar: Eine Gedenkstele für die Opfer des „Generalplans Ost“ am ehemaligen Standort des zuständigen Reichskommissariats wurde beschädigt vorgefunden. Die Glasoberfläche der Stele wurde eingeschlagen.

Mitte, 16. April: Der Stolperstein für Joseph Mannheim in der Schillingstraße wurde stark beschädigt vorgefunden. Jemand hatte versucht, das Metall des Steins abzuziehen.



Charlottenburg-Wilmersdorf, 10. Mai: Am Gedenkort für die Opfer des terroristischen Anschlags am Breitscheidplatz wurde eine Israel-Flagge neben dem Bild der israelischen Ermordeten Dalia Elyakim verbrannt vorgefunden. Sie wurde durch zwei neue Papierfähnchen ersetzt, die jedoch am selben Tag entwendet wurden.

Mitte, 14. Mai: An das Wandbild von Anne Frank vor dem Eingang zum Anne Frank Zentrum wurde mit einem Kugelschreiber „Anne Frank nach Israel“ und „Weg!“ geschmiert.

Pankow, 31. Mai: Am Jüdischen Friedhof Weißensee wurden sieben Grabsteine umgekippt sowie fünf Familiengräber beschädigt. Erst zwei Tage zuvor wurden am selben Friedhof drei umgestoßene Grabsteine vorgefunden.

BEDROHUNGEN

Als **Bedrohung** gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Lichtenberg, 9. Januar: Im Rahmen eines Nachbarschaftsstreits wurde ein Mann von seinem Nachbarn antisemitisch beschimpft, u. a. als „Judensau“, „Judenfotze“, „Judenwichser“ oder „Falsches Judenpack“. Zudem drohte der Nachbar an: „Dann schick ich dir ein paar Leute vorbei, da träumt der Führer von“.

Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Januar: Ein Mann hatte im Rahmen eines Gesprächs mit einem ihm bis dahin unbekanntem Mann auf die Frage, woher er komme, mit „Israel“ geantwortet. Daraufhin sagte sein Gesprächspartner: „Was Euch die Deutschen angetan haben, tut ihr jetzt mit den Arabern! Ihr habt Bomben und die haben Messer. Was ist denn ein Messer gegen Eure Bomben? Hier, ich habe sogar selbst eins hier“, woraufhin er auf seine Hosentasche zeigte.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 26. April: Der Betroffene, der aufgrund seiner Kippa als Jude erkennbar war, wurde auf dem Kurfürstendamm von einem anderen Mann, der gerade ein Geschäft verließ und den Betroffenen erblickte, mit den Worten „Scheiß Jude, scheiß Jude. Ich bring dich um, du Kindermörder“ beleidigt und bedroht.

Online, 7. Mai: Nachdem die Betroffenen eine Reservierung für die AfD-Fraktion ablehnten, erhielten sie mehrere E-Mails mit Bedrohungen und Beschimpfungen. So hieß es u. a.: „Wir Nazis haben über 6 Millionen Juden getötet, jetzt kommen halt zu den Türken und Juden auch noch Italiener dazu (...) Kein Jude, Muslime oder Flüchtling wird das überleben. Da wir jetzt wissen das (sic) du unser Feind bist stehst du auch auf der Todesliste.“

Mitte, 29. Mai: Eine jüdische Frau erhielt einen Drohbrief. Beim Öffnen fand sie eine ascheähnliche Substanz im Umschlag.

VERLETZENDES VERHALTEN

Die Kategorie **verletzendes Verhalten** umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Schmierereien und Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.³

Online, 4. Januar: Eine jüdische zivilgesellschaftliche Organisation erhielt eine E-Mail mit Verlinkungen zu zahlreichen verschwörungsmythologischen und geschichtsrevisionistischen Inhalten, u.a. kommentiert mit „Jews r the most ungreatfull nation in the world. Poland help save the Jews in the war and after the war Jews tortured and killed thousands of polish hero's“ (sic).

Friedrichshain-Kreuzberg, 25. Januar: Eine Mitarbeiterin einer Organisation zur Erinnerung und Erforschung der Schoa wurde, nachdem sie im Taxi von ihrem Beruf erzählte, mit zahlreichen verschwörungsmythologischen und geschichtsrevisionistischen Inhalten konfrontiert, u.a. mit den Aussagen, Jüdinnen_Juden würden keine Steuern zahlen und es sei Zeit, einen Schlussstrich hinter die Beschäftigung mit der Schoa zu ziehen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 16. Februar: Eine Gruppe von Anhänger_innen des Hertha BSC grölte nach dem Heimspiel gegen Werder Bremen auf dem Weg vom Stadion zur S-Bahn immer wieder „Juden Bremen“.

Treptow-Köpenick, 22. Februar: Bei Protesten gegen die deutsche Vorentscheidung für den in Tel Aviv stattfindenden Eurovision Song Contest 2019 wurde Israel durch die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ und die Bezeichnung als „Apartheid“ delegitimiert.

Friedrichshain-Kreuzberg, 16. März: In einem Hausflur wurde eine Schmiererei entdeckt, die ein auf ein Hochhaus zu fliegendes Flugzeug zeigte. Im Cockpit war eine Person zu erkennen, auf dem Flugzeug stand „Jahudi“ (sic, arab./türk.: „Jude“).



Online, 23. März: Ein jüdischer Kulturschaffender erhielt kurz hintereinander zwei E-Mails, in denen er gefragt wurde, ob er Angst habe, dass die „Holocaust-Lüge“ auffliege und mit den Worten „Leute wie dich müsste man im Wald verscharren! Untermensch“ beschimpft wurde. Beide E-Mails waren mit „Sieg Heil!“ unterschrieben.

Tempelhof-Schöneberg, 11. April: In einer Nachmittagseinrichtung erzählte ein Grundschüler in Gegenwart eines jüdischen Kindes einen antisemitischen Witz mit Bezug zum Nationalsozialismus.

Mitte, 5. Mai: Die NPD präsentierte am Roten Rathaus ein Transparent, auf welchem Freiheit für die inhaftierte Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck gefordert wurde.

Friedrichshain-Kreuzberg, 15. Mai: Eine am Telefon hebräisch sprechende Frau wurde in der U-Bahn als „Yahud“ (arab./türk.: „Jude“), „böse“ und „Babymörder“ beschimpft.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 1. Juni: Eine Jüdin, die an zwei israelsolidarischen Pins als Teilnehmerin der Gegendemonstration gegen den Qudstag-Marsch erkennbar war, wurde in der Schlange vor einer Kasse mit den Worten angesprochen: „Eigentlich müsste Hitler wiederkommen und auch den Rest töten.“

Mitte, 28. Juni: Eine Gruppe von sieben Synagogenbesucher_innen wurde auf dem Heimweg zum Gottesdienst aus einem vorbeifahrenden Auto antisemitisch angepöbelt.

3 Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie „Massenzuschriften“ behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen oder Transparente, Plakate u.ä. antisemitische Inhalte aufweisen.

MASSENZUSCHRIFTEN

Als antisemitische **Massenzuschriften** kategorisiert RIAS Berlin antisemitische Texte, die sich an mindestens zwei Adressat_innen richten oder die auf andere Art und Weise ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an jüdische Adressat_innen verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen beinhalten.

Online, 11. Februar: Ein Blogger verschickte an mehrere Personen, darunter auch eine jüdische Organisation und eine jüdische Bloggerin, ein Pamphlet, in dem er die Existenz von Antisemitismus leugnete, den Kampf gegen Antisemitismus als eine „zionistisch-linke Geschäftsidee“ bezeichnete und nationalsozialistische Verbrechen auf Zionismus zurückführte.

Online, 30. April: Zahlreiche Empfänger_innen erhielten eine verschwörungsideologische und antisemitische E-Mail mit dem Betreff „Justizministerin Katarina Barley lässt Kinder töten“. Der E-Mail zufolge würden „Soros und Rothschild und ihre Marionetten in den amerikanischen und europäischen Regierungen seit Jahren einen Krieg nach dem anderen im Nahen Osten“ provozieren, „um die Bevölkerung zum Exodus nach Europa zu zwingen“.

Online, 25. Mai: An mehrere zivilgesellschaftliche Projekte, Pressepublikationen, Politiker_innen und eine Gedenkstätte wurde ein Pamphlet mit dem Titel „Rechtfertigung des Antisemitismus“ versandt. Darin wurde Antisemitismus als „Grundlage unserer Freiheit“ und „eine gesunde Einstellung“ bezeichnet, die sich „gegen eine Gehorsamsmentalität“ und „eine Ideologie von einem Schöpfergott“ richte.

Online, 25. Juni: An mehrere Adressat_innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung ging eine rechtsextreme E-Mail, in der die Ermordung von Politiker_innen angekündigt wurde. Mehrmals wurde zudem das Ziel geäußert, „das jüdische und muslimische Gesindel zu vernichten“.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden Unterstützungs-
angeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie
Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Kontaktstelle bei polizeilichen
Angelegenheiten

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation
der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucks-
formen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer
Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de oder die
Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdk

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZEITGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
In Berlin.
Das Landesprogramm

berlin Berlin
Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung